

Im Frühjahr 2017 wurden im Zuge von Bauarbeiten auf dem Laagberg Bodenfunde der ehemaligen Gefangenenbaracke 4 des KZ-Außenlagers Laagberg nahe der Breslauerstraße freigelegt. Über den Umgang mit diesen steinernen Zeugnissen der NS-Gewaltherrschaft entspann sich in der Stadt eine intensive Diskussion, die auch überregional wahrgenommen und kommentiert wurde. Wie soll mit jenen Fundamentteilen verfahren respektive umgegangen werden? Die engagierte und interessierte Wolfsburger Bevölkerung, Politik und verschiedene lokale als auch nationale und internationale Opfer- und Interessensverbände fanden bezüglich der Frage, ob die Barackenfundamente vor Ort erhalten oder transloziert werden sollen, bislang keinen Konsens, präferierten oftmals unterschiedliche Ansätze. Im politischen Entscheidungsprozess über den Ortsrat Mitte-West, den Kulturausschuss, Verwaltungsausschuss und den Rat der Stadt Wolfsburg ist gerade die angedachte Translozierung der Überreste von „Baracke 4“ Thema Nummer eins geblieben. Mit der Hoffnung, eine gemeinsame Basis zu schaffen, insbesondere aber auch, um einen offenen Dialog mit allen Interessens- und Opferverbänden und engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu führen, sowie den Informations- und Wissensstand bezüglich aktueller Erwägungen und aller zukünftigen Planungen zu reflektieren, initiierte die Stadt Wolfsburg am 14. August 2017 um 14 Uhr in den Räumen der Goetheschule eine entsprechende Informationsveranstaltung.

Oberbürgermeister Klaus Mohrs sprach die offizielle Begrüßung aus und bedankte sich bei allen Anwesenden für ihr bürgerliches Engagement und Interesse. Zugleich legte er noch einmal dar, wie wichtig der zukünftige Umgang mit den Funden sei und wie ernst die Stadt diese Angelegenheit nehme. Ihm sei klar, dass die Ansichten oftmals auseinander gingen, dennoch müsse gemeinsam eine verantwortungsbewusste Entscheidung getroffen werden. Die Informationsveranstaltung diene daher auch zur Vorbereitung auf die am Montag den 21. August 2017 stattfindende Ratssondersitzung, in der der Rat der Stadt Wolfsburg nach den vorausgegangenen Diskussionen eine Entscheidung über die Ratsvorlage V 2017/0336-1 fällen soll. Da die *Amicale Internationale KZ Neuengamme* (AIN) leider heute nicht vertreten sein könne, gab Oberbürgermeister Mohrs aus der schriftlichen Absage der AIN vom 9. August 2017 wieder, dass diese sich für „alle Beteiligten an diesem Tag, und insbesondere bei der Ratssitzung am 21. August, konstruktive und produktive Gespräche [wünsche]. [...] Der AIN liegt der behutsame Umgang mit den authentischen Überresten des

Außenlagers Laagberg sowie die Einrichtung eines Dokumentationszentrums sehr am Herzen, das die aktive Erinnerungs- und Bildungsarbeit in Wolfsburg ermöglichen und beleben wird.“ Das sei auch, was sich Oberbürgermeister Mohrs für das ganze Thema erhoffe.

Im Anschluss referierte der NS-Historiker Marcel Glaser von der Universität Kassel über die Entstehungs- und Alltagsgeschichte des KZ-Außenlager Laagberg und ordnete diese in die Geschichte der „Stadt des KdF-Wagens“ ein. Er hob besonders die Symbolkraft des Lagers hervor: Es sei ein exemplarischer Ausdruck der Gesellschaft im „Dritten Reich“, einer von „Ausgrenzung, Repression und Hierarchisierung“ geprägten Unterdrückungsgesellschaft. Dafür legte bereits die Geschichte des Aufbaus der Baracken Zeugnis ab – wie auch die der Häftlingsrekrutierungen bis hin zu deren Arbeits- und Lebensbedingungen. Sodann berichtete der Kasseler Historiker über die Baracke 4. Hier gab es von Anfang an eine Sanitätsstation. Sie verfügte zunächst über 24, dann über rund 50 Betten, obwohl im Winter 1944/45 mindestens 200 Betten notwendig gewesen waren. Bereits im Laufe des Sommers bekamen viele Häftlinge in Folge der katastrophalen sanitären Verhältnisse und der verdorbenen Nahrung Ruhrinfektionen sowie heftige Koliken. Aber solange Wasser und Essen noch einigermaßen erträglich waren und die meisten von ihrer Substanz zehren konnten, gab es wenige Todesfälle. Zwangsarbeit während des Winters, in Verbindung mit Schmutz, Schnee und Eis sowie schlechten Schuhwerk und geringen Essensrationen, führte seit November nicht nur zu ersten Hungertoten und allgemein zur Abmagerung, sondern verursachte bei vielen auch Furunkulosen und Ödeme, sodass sie nicht mehr laufen konnten. Als Anfang 1945 der Wehrmachtsangehörige Karl Werringloer Lagerkommandant wurde, erklärte er wegen des hohen Krankenstandes den gesamten Block zur Kranken- und Schonstation, wodurch er zahlreichen Gefangenen das Leben rettete.

Nachdem Marcel Glaser noch kurz die Nachnutzung der Baracken des ehemaligen Lagers und deren bauliche Überformung in den 1960er Jahren darlegte, übergab er dem städtischen Grabungstechniker der Unteren Denkmalschutzbehörde Daniel Pollok das Wort. Dieser zeigte zunächst die Umriss des ehemaligen KZ-Geländes und die Ausmaße des Lagers auf einer aktuellen Luftaufnahme der Umgebung und skizzierte sodann den Grabungsprozess, der bereits im Januar 2016 begonnen hatte (die lokalen Zeitungen berichteten – auch über die ersten Überreste des KZ-Außenlagers!). Im Folgenden zeigte der Grabungstechniker

¹ „Laagberg: Finden Arbeiter Reste eines alten Barackenlagers?“ In: Wolfsburg Allgemeine Zeitung vom 13. Januar 2016; Hannah Schmitz, „Am Laagberg finden sich Baracken-Reste“, in: Wolfsburg Nachrichten vom 14. Januar 2016.

auf, welche Bereiche der Rats-vorlage zufolge konserviert werden und somit für spätere Generationen weiterhin archäologisch nachweisbar bleiben sollen. Daraufhin ging er zu den anstehenden Aufgaben über, die er anhand eines Schaubilds erläuterte. Zunächst gelte es die „Betonteile aus dem Boden zu retten, um diese als zentrale Exponate innerhalb eines Gedenk- und Lernorts zu zeigen“, so der Vorschlag der Stadt, der bereits im Mai dieses Jahres entsprechend kommuniziert wurde und auf einem städtischen Flurstück zwischen der BFT-Tankstelle und dem Lidl-Parkplatz seine Realisierung finden soll. Bei der späteren Ortsbegehung konnten Bedenken aus dem Weg geräumt werden, der Gedenk- und Bildungsort könnte dort zu wenig Aufmerksamkeit bekommen. Es zeigte sich zudem, dass die Fläche nicht nur um zwei Drittel größer ist, als die Fläche des Originalfundplatzes, sondern möglicherweise, wie Daniel Pollok ausführte, vor Ort noch weitere Elemente des einstigen KZ-Außenlagers in die Konzeption integriert werden könnten. Zwar sei bei einem mit dem Geschäftsbereich Grün durchgeführten Probeschnitt auf dem Gelände der sich einstmals hier befindlichen „Baracke 1“ keinerlei Befunderhaltung mehr ersichtlich gewesen, doch sei die ehemalige Verbindungsstraße nach Wolfsburg noch erkennbar. Daneben solle geprüft werden, ob noch Pfostenlöcher des unter Starkstrom stehenden Stacheldrahtzauns am Rand des Stadtwalds oder Überreste des Trafos nachgewiesen werden können. Die hier vorgefundenen Bodenverhältnisse, so Stadtbaurat Kai-Uwe Hirschheide, aber auch die baurechtlichen Rahmenbedingungen seien auf diesem Grundstück optimal, um einen gemeinsam mit allen Interessenverbänden konzipierten Gedenkort zu schaffen.

Die Dringlichkeit einer Bergung der Bodenfundamente der ehemaligen Gefangenenbaracke 4 wurde augenfällig, als sich alle Teilnehmer der Veranstaltung an der Grabungsstelle auf dem Laagberg einfanden. Hier legte Daniel Pollok dar, dass nicht etwa der Regen, sondern die geographische Lage der Fundamente am unteren Ende eines Hangs problematisch sei, die zur Folge habe, dass die Barackenfundamente über Jahre hinweg regem Wasserzulauf ausgesetzt waren. Daher blieben aus archäologischer Perspektive allein drei Möglichkeiten zum Umgang mit den Überresten: ihre Bergung, der langsame Verfall in den folgenden Jahrzehnten oder aber eine Abdeckung der Funde und ihr Erhalt als Bodendenkmal unter der „grünen Wiese“.

Obleich Teile der Überreste transloziert werden sollen, sieht die Ratsvorlage vor, dass auch am Fundort ein Ausschnitt der Fundamente sichtbar werden

soll. Auf Nachfrage von Alfred Hartung von der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten* (VVN-BdA) beschrieb Daniel Pollok eine erste denkbare Möglichkeit: Mittels einer Stele könne ein Guckloch in den Boden eingearbeitet werden, das den Blick auf die mit LEDs beleuchteten Überreste freigibt. Dr. Alexander Kraus vom *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* hob vor Ort noch einmal die Wichtigkeit hervor, in die zu findende Lösung auch den bestehenden Gedenkort zu integrieren: So sei eine „Trias“ denkbar, die neben der neuen Gedenkstätte sowohl den Ort des Fundes als auch die von den NS-Opfern initiierte Stele aus den 1980er Jahren beinhalte.

Seitens der Bürgerschaft wurde neben der Translozierung auch der Ort der Sichtbarmachung infrage gestellt: „Wieso nutze man nicht den Platz des Originalfundorts? Es gibt direkt eine Bushaltestelle, sodass eine Anreise beispielsweise für Schulklassen sehr praktisch wäre“, fragte beispielsweise Joel Peesel, Mitglied der *Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken*. Daraufhin führte Stadtbaurat Kai-Uwe Hirschheide aus, dass das oben beschriebene Flurstück ein städtisches sei und somit ohne Hindernisse bebaubar. Der Fundort und seine Umgebung sei eine Mischung unterschiedlicher Flurstücke, die im Besitz der Wohnungsbaugesellschaft *Neuland* und der Stadt Wolfsburg seien. Insbesondere die teilweise noch geltende alte Bauleitplanung, aber auch die nun geänderte, erschweren und verkomplizieren eine Realisierung des anvisierten Gedenk- und Bildungsorts vor Ort.

Dr. Ulrike Gutzmann von der *Historischen Kommunikation der Volkswagen Aktiengesellschaft*, konstatierte hierauf, das Ziel müsse sein, an den historischen Ort zu erinnern und im selben Atemzug über diesen aufzuklären. Aus ihrer Sicht wäre es unproblematisch die Bildungsarbeit auch entfernt vom eigentlichen Ort durchzuführen, solange am historischen Ort selbst eine Erinnerungstafel zu finden wäre. Dimitri Tukuser von der *Liberalen Jüdischen Gemeinde Wolfsburg – Region Braunschweig e.V.* betonte hingegen, das Gedenken sei am historischen Ort ein intensiveres. Das spezielle Gefühl würde verloren gehen, sobald der Gedenkort nicht mehr am Fundort realisiert würde. Frank Poerschke (SPD) wiederum, setzte noch einmal einen ganz anderen Akzent: Für ihn sei das Angebot der Stadt, einen Bildungs- und Erinnerungsort zu schaffen, beispielhaft. Ein Gedenken und Erinnern sei auf dem gesamten Lagergelände möglich, schließlich sei das anvisierte Flurstück ebenso Teil des ehemaligen KZ-Außenlagers gewesen.

Sodann erinnerte er alle Anwesenden daran, dass sie doch ein gemeinsames Interesse an der Realisierung hätten. Das sei auch insofern wichtig, da keineswegs alle Wolfsburger und Wolfsburgerinnen den Plänen so offen gegenüberstünden. Daher appellierte er an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, gemeinsam zu arbeiten, um für zukünftige Generationen einen Ort zu realisieren, der ihnen einen Zugang in die Thematik verschaffe.

Zu einer Reflexion der bisherigen Wortbeiträge versammelten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließlich abermals in der Goetheschule. Anita Placenti-Grau, Leiterin des IZS, gab zunächst einen Überblick über die bisherige Gedenkstättenarbeit des Instituts und betonte abschließend, es werde hinsichtlich der didaktischen Zielsetzung und des Gesamtkonzepts des geplanten Gedenk- und Bildungsorts ein intensiver Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, den Interessens- und Opferverbänden, der Politik und dem Volkswagenwerk stattfinden. Wie zuvor beim Sara-Frenkel-Platz sei die Stadt Wolfsburg darum bemüht, einen Konsens zu schaffen. Anschließend führten sowohl Kai-Uwe Hirschheide als auch Daniel Pollok auf Nachfrage von Ratsfrau Sandra Straube (PUG) aus, eine Umplanung oder Verschiebung einzelner Bauelemente zu Gunsten einer großangelegten Gedenkstätte in der Umgebung der „Baracke 4“ seien schlichtweg nicht möglich, da in diesem Fall die geplante Neuorientierung des Stadtteils Laagberg, die neben dem neuen Einkaufszentrum auch die Schaffung von neuem Wohnraum beinhalte und die Teil eines demokratischen Findungsprozesses gewesen sei, gekippt würde. Nach wie vor wurde die Frage der Sichtbarmachung der Bodenfundamente vor Ort diskutiert: Neben der Überlegung, einen Teil der im Boden verbleibenden Fundamente physisch sichtbar zu machen, warb Mechthild Hartung von der VVN-BdA dafür, beispielsweise anhand eines Lagermodells oder einer Fotostrecke an das KZ-Außenlager zu erinnern oder über eine andersfarbige Bepflasterung die Barackengrundrisse nachzuzeichnen.

Diskutiert wurden darüber hinaus die anfallenden Kosten der Translozierung und des Transports, woraufhin Stadtbaurat Kai-Uwe Hirschheide ausführte, dass die eigentlichen Kosten nicht durch die Translozierung anfallen, sondern durch die notwendige langfristige Sicherung der Fundamente. Frank Poerschke wies sodann darauf hin, Erinnerungsarbeit müsse über wirtschaftlichen Interessen stehen – eine solche könne nur erfolgreich ausgeübt werden, wenn Parteien- und Fraktionsgrenzen überschritten würden. Bernd Mex von *Der Linken*

forderte ein, zusätzliche Mittel für eine weitere Erforschung des Komplexes bereitzustellen, um somit nachhaltige Bildungsarbeit gewährleisten zu können.

Der Verlauf der Veranstaltung wie auch die vorher geführten Diskussionen im Rat der Stadt und die Berichterstattung der Medien zeigen, wie wichtig eine transparente Kommunikation für eine konstruktive Zusammenarbeit unter allen Beteiligten ist. Im Verlauf der Diskussion wurde auch immer wieder darüber nachgedacht, inwiefern der nun angedachte Gedenk- und Bildungsort nicht zu einem zentralen Gedenkort für die in der „Stadt des KdF-Wagens“ zur Rüstungsproduktion eingesetzten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen werden könne und ob er dann nicht zentraler in der Innenstadt geplant werden müsse. Insgesamt wurde intensiv darüber diskutiert, wie sehr sich der Gedenk- und Bildungsort der gesamten NS-Geschichte von Werk und Stadt annehmen und ob er nicht auch die Nachgeschichte mitbehandeln solle. Dabei wurde auch die Idee des „Haus der Geschichte“ noch einmal aufgegriffen, doch gingen die Meinungen, ob dies Teil des Konzepts werden solle, auseinander.

Der Austausch mit den Opfer- und Interessenverbänden sowie den politischen Entscheidungsträgern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern war intensiv und fruchtbar. Wie erhofft, konnten manche Unklarheiten mit der Informationsveranstaltung geklärt werden. Besonders erfreulich war der eindrückliche Appell aus dem Plenum selbst an alle vor Ort, sich vor Augen zu führen, dass letztendlich ein gemeinsames Ziel verfolgt werde: das Erinnern an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft und die historische Bildungsarbeit.